



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

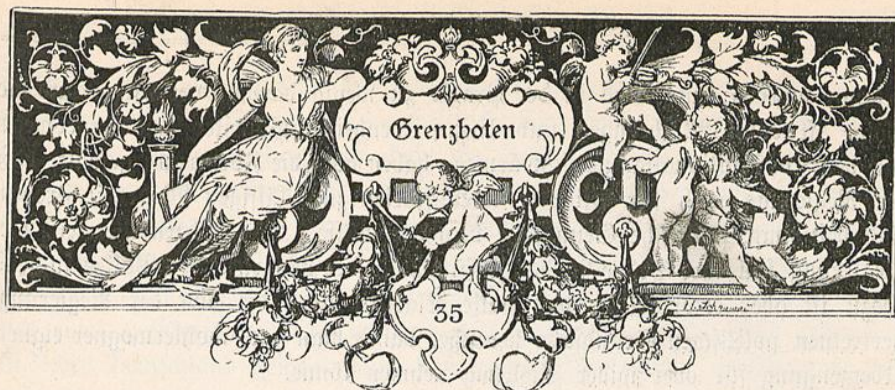
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Ursachen der Unsicherheit im Innern

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Ursachen der Unsicherheit im Innern



Die Krisengerüchte wollen nicht verstummen. Man glaubt nicht daran, daß die jetzige Regierung von großer Dauer sein werde. Man glaubt auch, daß noch andre Gründe als das hohe Alter und der Gesundheitszustand des Reichskanzlers hierfür bestimmend seien. Man hat sich daran gewöhnt, unsre politische Lage als unsicher anzusehen. Und besonders der gegenwärtigen Regierung ist von Anfang an keine lange Dauer prophezeit worden. Neuerdings sind aber durch den Rücktritt des Kriegsministers die öfter geäußerten Vermutungen bestätigt worden, und so scheint es, daß wir uns bereits mitten in einer Krisis befinden.

Wodurch entsteht diese Unsicherheit? Was auch immer den einzelnen Ministern vorgeworfen werden mag, ob sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein mögen, die Ursache der Unsicherheit liegt doch tiefer. Sie entsteht durch das Bestreben, nach Grundsätzen zu regieren, die sich in dem heutigen politischen Leben nicht durchführen lassen.

In konstitutionell regierten Ländern pflegen die Führer der politischen Parteien zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen zu werden, und das Stärkeverhältnis der Parteien entscheidet darüber, welcher Parteirichtung die Herrschaft über die Gesetzgebung zufällt. Bei uns mag wegen unsrer ganzen geschichtlichen Entwicklung die Befolgung konstitutioneller Grundsätze in diesem strengen Sinne nicht notwendig sein. Ja wenn der Versuch gemacht würde, bei uns mit einem Schlage eine solche Regierungsweise einzuführen, so ist es sogar zweifelhaft, ob das erspriessliche Folgen haben würde. Aber wie wir auch immer die Eigentümlichkeiten des Volkscharakters und die sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse berücksichtigen mögen, auch bei uns ist es doch unerlässlich, daß die Regierung die Volksstimmung beachte, daß sie darnach ihre Maßnahmen treffe, ihre Vorschläge mache. Das ist auch dem Grundsätze nach immer an-

erkannt worden; nur wird in der Praxis zu wenig darnach verfahren, und die Folge ist dann Mißbehagen und Unzufriedenheit. Politiker, die keineswegs für den Konstitutionalismus schwärmen, haben doch die Forderung gestellt, daß die Regierung nach der Bildung einer starken zuverlässigen Mehrheit streben und bestimmte politische Grundsätze befolgen müsse. Mit andern Worten, die Regierung soll ihre Stütze in der Zustimmung der Mehrheit des Volkes suchen. Dazu ist aber erforderlich, daß volle Klarheit über die von der Regierung vertretenen politischen Grundsätze herrsche, damit man nach wohlervogner eigener Überzeugung für oder wider Stellung nehmen könne.

Die Politik ist nicht eine Sache, die sich einseitig von oben herab leiten und bestimmen ließe, und wobei das Volk nur den unbeteiligten Zuschauer zu spielen hätte. Auf diese Art kann keine Zufriedenheit erreicht werden. Wollten wir aber einem offiziösen Blatte glauben, so müßten wir einen solchen Zustand als den glücklichsten ansehen, nur daß sich dieses Ideal gegenwärtig doch wohl schwer verwirklichen läßt. Daß die Autorität zu wenig geachtet werde, darüber wird ständig geklagt; daß die Autorität der Felsen sei, auf dem der Staat am sichersten ruhe, wird immer wieder behauptet. Wäre das richtig, dann müßte man doch um so mehr im Volke wissen, was die Regierung, in deren Namen die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstande gepredigt wird, eigentlich will. Wenn die Autorität ein „unbeschriebnes Blatt“ ist, wenn nur ganz allgemein darauf hingewiesen wird, daß das, was die Regierung wolle, das Beste und Wichtigste sein müsse, wenn man auch ihre Absichten nicht genau kenne, so kann das doch nimmermehr zur Beruhigung dienen. Se entschiedener die Forderung gestellt wird, daß die Anschauungen der Regierung für die Bestrebungen der Parteien maßgebend seien, desto berechtigter ist die von der andern Seite gestellte Forderung, die Regierung solle ein bestimmtes Programm aufstellen, nach dem man sich richten könne.

Daß es hieran fehlt, hat ja beständig Anlaß zu Klagen gegeben. Gerade die Parteien, die am ehesten geneigt sind, auf die Anschauung von der verpflichtenden Autorität der Regierung einzugehen, haben die Fähigkeit zur Führung bei der Regierung schmerzlich vermißt. Zwischen den Blättern dieser Parteien und den offiziösen hat sich zeitweilig ein Federkrieg abgespielt, der ganz ergötzlich sein könnte, wenn nicht die Sache zu ernst wäre. „Ihr wißt nicht, was ihr wollt,“ hieß es auf der einen Seite, und auf der andern: „Ihr könnt nur kritteln und mäkeln, aber keine verständigen Vorschläge zur Besserung machen.“ Bei diesem gegenseitigen Ausschelten, bei diesem Bestreben, die Schuld an der Unsicherheit der politischen Lage einander zuzuschieben, ist man nicht von der Stelle gekommen.

Gewiß, es hat bei uns eine Zeit gegeben, wo die Regierungsautorität eine große Rolle spielte. Aber es sollte doch endlich eingesehen werden, daß das Verhältnis, das sich zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Volke, oder

sagen wir einem großen Teil, dem überwiegend größten Teil des Volks gebildet hatte, und wodurch lange Zeit die politische Lage bestimmt wurde, ganz eigentümlich und ungewöhnlich war, daß die Bedeutung einer außerordentlichen Persönlichkeit und große ungewöhnliche Zeitereignisse zusammengewirkt hatten, ein solches Verhältnis zu ermöglichen. Es sollte allgemein zugegeben werden, daß hiervon nicht für alle Zeiten das Muster einer Regierung entlehnt werden darf, und die, die den Ruf nach der „starken Hand“ erheben, sollten sich eines geflügelten Wortes erinnern und bedenken, daß die Zeit gekommen ist, wo Deutschland zeigen muß, daß es „reiten“ kann, nachdem es von geschickter Hand in den Sattel gehoben worden ist.

Die auf beiden Seiten erhobnen Vorwürfe sind nicht ganz unberechtigt. Auch im Volke fehlt es zu sehr an der Fähigkeit zu fruchtbarer Parteibildung und fruchtbarer politischer Thätigkeit. Alle Versuche, ein neues Kartell zu bilden, sind schmählich gescheitert, weil die Bedingungen für eine Parteibildung nach dem Muster der frühern nicht mehr vorhanden sind. Auch das Volk bedarf der politischen Erziehung, weil es unter der Bismarckschen Regierung die Selbstthätigkeit zu sehr verlernt hat, aber die Fähigkeit zu fruchtbarer Thätigkeit wird sich schon einstellen, wenn dem Volke größere Selbständigkeit gewährt wird, wenn man im Volke weiß, daß die Parteibildung und das Stärkeverhältnis der Parteien für die Gesetzgebung entscheidend ist. Vor allem aber: wenn gewohnheitsgemäß auf die Initiative der Regierung so viel Wert gelegt wird, ist das Verlangen berechtigt, daß die Regierung einen festen Kurs steuere.

Und da stellt sich denn mehr und mehr als ein Mangel heraus, was als ein Vorzug gepriesen worden ist. Es ist als die Aufgabe der Regierung bezeichnet worden, keinen bestimmten Parteistandpunkt einzunehmen, vielmehr unter den Parteiprogrammen eine Auswahl zu treffen. Aber dieses Bestreben, Parteilichkeit und Einseitigkeit zu vermeiden, hat zu einem haltlosen Schwanken geführt. Es ist zuzugeben, daß Ausschreitungen des Parteigeistes verwerflich sind, daß der Parteikampf viel Abstoßendes hat. Aber daraus darf nicht gefolgert werden, daß Parteilosigkeit ein Vorzug und das Festhalten bestimmter Grundsätze entbehrlich sei. Bei Personenwechseln in der Regierung ist mehrfach die Versicherung abgegeben worden, daß es sich nicht um einen Systemwechsel handle. In Wahrheit aber wird damit die Berechtigung des Personenwechsels sehr in Frage gestellt. Denn nicht Personenfragen, sondern wichtige politische Fragen sollten in solchen Fällen entscheiden. Welche Gründe eigentlich für die Entlassung von Ministern und die Neubesezung ihrer Ämter bestimmend waren, ist in mehreren Fällen nicht genügend aufgeklärt worden. Die Auskunft aber, daß politische Meinungsverschiedenheiten nicht den Anlaß zur Entlassung gegeben hätten, eine Änderung der Regierungspolitik nicht beabsichtigt sei, kann nach keiner Seite befriedigen. Denn im Volke ist man von der Not-

wendigkeit überzeugt, daß die verantwortlichen Leiter der Politik Vertreter bestimmter politischer Anschauungen seien. Wohl nur bei so eigentümlichen Verhältnissen kann es vorkommen, daß ein neuernannter Minister als ein „unbeschriebnes Blatt“ bezeichnet wird. Wo Klarheit im politischen Leben herrscht, ist es allgemein bekannt, was ein Ministerwechsel bedeutet; man weiß, daß triftige Gründe diesen Wechsel notwendig machen, und wenn auch selbstverständlich nicht alle zufrieden sind, so wirkt es doch beruhigend, wenn den Forderungen der Gerechtigkeit nach Möglichkeit Genüge geschieht.

Das ist der Widerspruch: man sucht bei uns die Gegensätze im politischen Leben hinwegzudeuten; man thut, als ob die Regierung sie nicht zu beachten, nicht im Parteikampf eine klare, unzweideutige Haltung einzunehmen brauchte. Und doch treten gerade gegenwärtig sehr scharf ausgeprägte Parteibestrebungen, namentlich wirtschaftspolitische, hervor und sind zum Teil unter dem Schutz oder doch der wohlwollenden Nachsicht der Regierung zu solcher Stärke gediehen. Dadurch werden aber dem vermittelnden Streben der Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet. Fanatiker kann man nicht zufrieden stellen, indem man ihnen die Versicherung giebt, die Regierung werde schon wissen, wie weit ihre Forderungen durchführbar seien, und werde das Mögliche für sie thun. Sie verlangen die volle Durchführung ihres Programms, wie unsinnig auch ihre Forderungen sein mögen. In einer so wichtigen Frage, wie z. B. der Währungsfrage, kann halbes Entgegenkommen der Regierung gegen die Anhänger der Doppelwährung weder diese noch ihre Gegner befriedigen. Man verlangt im Volke mit Recht, daß die Regierung eine entschiedne Haltung in solchen Fragen einnehme, und man wünscht auch eine Gewähr dafür, daß nicht zu jeder Zeit zufällige Umstände die Überzeugung der Regierung erschüttern und ihre Haltung ändern können.

Wir haben gesagt, daß die Regierung konstitutionelle Forderungen, so weit sie für uns gelten müssen, zu wenig beachte. Mitunter aber könnte es scheinen, als ob sie zu gewissenhaft und streng konstitutionell verführe. Sie hat Reichstagsbeschlüssen nachgegeben, die ihrer Überzeugung nicht entsprachen. Aber jeder weiß doch, wie das zugegangen ist. Es würde der Regierung leicht sein, die Herrschaft der Agrarier im Reichstag zu brechen. Wenn die Regierung die Forderungen der Agrarier entschieden abwies, so würde das seine Wirkung nicht verfehlen auf die Parteien, die den Agrariern wohlwollend gegenüberstehen und eine ähnliche Haltung einnehmen wie die Regierung. Die Nachgiebigkeit der Regierung im Terminhandel beweist nur, daß es der Regierung in wirtschaftspolitischen Fragen an einem bestimmten Programm fehlt, daß sie die volle Bedeutung dieser Fragen nicht würdigt.

Aber nicht nur im Volke werden die hervorgehobnen Mängel schmerzlich empfunden. Auch die verantwortlichen Leiter der Regierungspolitik selbst fühlen sich von dieser Unsicherheit und Unklarheit nicht befriedigt. Wie wenig

auch diese Männer Anhänger des Konstitutionalismus sein mögen, so drängen sich ihnen doch gewisse Forderungen des Konstitutionalismus als unabweisbar auf. Und wie geschmeidig sie auch teilweise sein mögen, wie sehr daran gewöhnt, als Vollstrecker eines höhern Willens ihren Ehrgeiz befriedigt zu fühlen, sie haben sich doch bestimmte politische Anschauungen gebildet, die sie, je nachdem es die Verhältnisse fordern, nicht preiszugeben gewillt sind. Der Ansicht, daß die Parteigegegensätze im Volke von untergeordneter Bedeutung seien und einander nicht ausschließen, daß die Regierung eine höhere Einheit im Parteileben darstellen solle, entspricht es, daß auch die Regierung ungleichartig zusammengesetzt ist, daß in ihr Vertreter verschiedener Parteianschauungen zusammenwirken. Was dabei herauskommt, haben wir oft genug erfahren. Die Reibungen nehmen kein Ende und finden gelegentlich in der Presse scharfen Ausdruck.

Es ist begreiflich, daß bei diesem Mangel an Einheitlichkeit Ministerposten nicht sehr begehrt sind. Namentlich muß der oberste und verantwortliche Leiter der Reichs- und Staatspolitik diesen Zustand als eine wesentliche Erschwerung seiner Aufgabe empfinden. Er hat beständig mit Bestrebungen zu kämpfen, die seine Politik kreuzen, und dieser Kampf muß ihm das Amt verleiden. Man hat von einer Nebenregierung, von unberufenen, für die Politik nicht verantwortlichen Ratgebern gesprochen. Eben weil nicht das Stärkeverhältnis der Parteien im Volke über den Gang bei Politik entscheidet, giebt sich das Bestreben kund, auf anderm Wege gewisse Dinge durchzuführen, die von der Mehrheit des Volkes nicht gebilligt werden. Und so hat ein Ränkespiel hinter den Kulissen einen unbilligen und bedenklichen Einfluß auf die Politik gewonnen.

Bei den neuesten Vorgängen steht eine Militärfrage im Vordergrund und scheint bei den Meinungsverschiedenheiten den Ausschlag zu geben. In diesen Fragen pflegte bisher die Mehrheit des Volkes, pflegten die führenden Kreise des Volkes auf Seiten der Regierung zu stehen. Um so sorgfältiger sollte darauf Bedacht genommen werden, daß das der Regierung geschenkte Vertrauen nicht verscherzt werde. Wenn aber, sei es in nächster Zeit oder später, ein Wechsel in der Person des Reichskanzlers stattfinden sollte aus den mehrfach in der Presse erörterten Gründen, was durch den Rücktritt des Kriegsministers sehr wahrscheinlich geworden ist, so würde dem „kommenden Mann“ nicht mit besonderm Vertrauen entgegensehen werden. Man würde darin das Zeichen einer Schwenkung der Regierungspolitik sehen, die in weiten Kreisen Mißbilligung finden würde, und die damit eingeleitete Politik würde wahrscheinlich Widerstand finden weit über die Kreise hinaus, die bisher in Militärfragen zur Opposition zu gehören pflegten. Denn auch solche Politiker, die der Regierung gern alles bewilligen wollten, was zur Stärkung der Wehrmacht dient, und die zu dem Urteil der Regierung in diesen Fragen bisher volles Vertrauen hatten, stehen doch in diesem Falle auf Seiten der

bisherigen Regierung. Sie trauen es weder dem Fürsten Hohenlohe noch dem bisherigen Kriegsminister zu, daß sie Änderungen empfehlen würden, von denen eine Untergrabung der Heereszucht und Schwächung des Heeres zu befürchten wäre. Sie halten es für eine berechtigte und zeitgemäße Forderung, daß eine Änderung der Militärstrafgerichtsbarkeit eingeführt werde. Überall wird der Verdacht bestärkt, daß spezifisch militärische Anschauungen, daß die Bestrebungen, einen besondern militärischen Kastengeist zu pflegen, einen ungebührlichen Einfluß auf die Regierungspolitik erlangt haben. Und zugleich ist der Verdacht wohl berechtigt, daß ein Mann, der neuzeitlichen Anschauungen in schroffer Weise entgegentritt und berechtigte neuzeitliche Forderungen mißachtet, auch in andern Fragen nach rechts hin weniger Widerstandskraft besitzen werde als Fürst Hohenlohe, daß die auf der Rechten vertretenen extremen Forderungen noch mehr Unterstützung bei der künftigen Regierung finden werden. Das sind trübe Aussichten.



Die geographische Lage Deutschlands



ie englische Presse, bestrebt, an Deutschland soviel Schwächen und Blößen wie möglich zu entdecken, hat sich in den letzten Monaten auch öfter auf das geographische Gebiet begeben, um die Lage des deutschen Reichs zwischen drei Groß- und fünf Kleinstaaten als eine äußerst mißliche, wenn nicht gefahrvolle darzustellen. Für die Bewohner eines Insellandes ist es ja nun ein billiges Vergnügen, sich natürlicher Vorteile zu rühmen, für die sie nichts können. Aber ganz harmlos ist es nicht. Die Größe eines Volks auf Vorteile der Lage und der Gestalt seines Wohngebiets begründet zu glauben, ist eine Täuschung, die verhängnisvoll werden kann. Die Natur bietet keine Lage von unbedingter Unbesieglichkeit. Entscheidend bleibt immer die Art der Ausnutzung natürlicher Vorteile, und diese liegt in der Erziehung des Volkes. Nicht die Völker haben in der Geschichte das Größte geleistet und die dauerndsten Werke geschaffen, über die die Natur das reichste Füllhorn ihrer Gaben ergossen hat, sondern die armen und zurückgedrängten, die sich Freiheit und das Leben täglich verdienen mußten. Daher wollen wir zwar gern dem Standard und seinen Genossen glauben, daß ihnen unsre Lage bedenklich erscheint; wir werden uns aber dadurch nicht entmutigen lassen, auf diesem vielbedrohten Boden nach wie vor unsern Mann zu stellen. Wir denken an das Kolleg über praktische